

**Beilage zu
Mandanten-Information 2013/02****Wahlprogramme 2013**

Noch nie ging es Deutschland so gut wie heute. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis kluger und guter Politik:

- Deutschland hat Europaweit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit: 92 % aller Jugendlichen haben Arbeit oder machen eine Ausbildung. Sei dem Amtsantritt von Angela Merkel 2005 hat sich die Jugendarbeitslosigkeit halbiert. (Quelle: Eurostat)
- Immer mehr Menschen arbeiten – noch nie war die Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung so niedrig wie heute. Alle 60 Sekunden entsteht ein neuer Arbeitsplatz und über 41 Millionen Menschen haben einen Job, die meisten davon arbeiten in Vollzeit und unbefristet (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)
- Deutschland investiert in soviel wie nie in Bildung: Seit dem Amtsantritt von Angela Merkel 2005 wurde die Forschungsförderung von rund 9 auf über 13 Milliarden EUR pro Jahr aufgestockt. (Quelle Statisticaco,2012)

Helpen Sie mit, dass Deutschland auch in Zukunft von der CDU regiert wird und diese kluge und gute Politik für unser Land fortsetzen kann.

**Die Bundestagsabgeordneten sind: Karin Maag
Dr. Stefan Kaufmann**

CDU/CSU

SPD

FDP

Bündnis 90/Die Grünen

Die Linke

ZERTIFIZIERTER TESTAMENTSVOLLSTRECKER (AGT)

Reinsburgstraße 201

70197 Stuttgart

www.bosser.de

Telefon 07 11 / 210 230

Telefax 07 11 / 210 23-40

kanzlei@bosser.de

Wahlprogramm der CDU/CSU 2013



Am 23. Juni haben CDU und CSU ihr gemeinsames Regierungsprogramm 2013 - 2017 verabschiedet. "Gemeinsam erfolgreich für Deutschland" lautet der Titel des Programms.

Wahlprogramm CDU/CSU:

[Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 - 2017](#)

Die Union bot den Bürgern die Möglichkeit, Wünsche und Ideen zum Wahlprogramm einzubringen. Unter dem Titel "[Was mir am Herzen liegt!](#)" stellte die CDU auf einer Internetseite, nach acht Themenfeldern sortiert, schlagwortartig ihre Ziele für eine weitere Wahlperiode vor und gab allen Interessierten bis zum 30. April die Möglichkeit, diese zu kommentieren. Zudem hatte die CDU im ganzen Bundesgebiet über eine Million Postkarten verteilt, mit denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Anregungen auch per Post einsenden konnten.

Die Ideen, die die CDU erreichten, wurden ausgewertet. Aus den Anregungen wurden 45 Thesen formuliert. In einer zweiten Phase der Erarbeitung des Regierungsprogramms waren alle CDU-Mitglieder aufgerufen, die Thesen zu gewichten und mit ihren Bewertungen und Kommentaren zu zeigen, was ihnen am Herzen liegt. Diese Bewertungen flossen in das Regierungsprogramm ein.

[Die CDU fragt: "Was liegt Ihnen am Herzen?"](#)

Kurzzusammenfassung der zentralen Aussagen zu ausgewählten Themen:

Steuern und Finanzen

Die Union setzt sich in ihrem Wahlprogramm für solide Staatsfinanzen ein. Wie sie ihre Wahlversprechen finanzieren will, verrät sie nicht genauer. Steuern sollen allerdings auf keinen Fall erhöht werden. Stattdessen stehen alle Vorhaben des Wahlprogramms unter Finanzierungsvorbehalt.

Nach Ansicht der Union ist Deutschland finanzpolitisch schon jetzt auf einem guten Weg: Dank der Bundesregierung, die die Ausgaben begrenzt, die Schuldenbremse eingeführt und durch erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die Einnahmen erhöht habe. In der kommenden Legislaturperiode soll nun zunächst ein Haushalt ohne neue Schulden vorgelegt werden, um dann damit zu beginnen, den Schuldenberg des Bundes abzutragen. Ziel ist es, die Gesamtverschuldung des Staates schrittweise auf maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung zu senken.

Beim Thema Steuern beabsichtigt die Union klar, weder Steuern erhöhen noch senken zu wollen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer will die Union allerdings durch den Abbau der kalten Progression entlasten; ein Vorhaben, das schon im Wahlprogramm der Union 2009 stand. Bei der kalten Progression handelt es sich um eine heimliche

Steuererhöhung aufgrund des progressiven Steuertarifs, die zum Tragen kommt, wenn eine Gehaltserhöhung nur die Inflation ausgleicht, die Einkommensteuersätze aber nicht der Inflationsrate angepasst werden.

Steuerhinterziehung will die Union wirksam bekämpfen und Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg durchsetzen. Dies soll durch internationale Übereinkommen zum Informationsaustausch verbessert werden. Auch die angemessene Besteuerung von multinationalen Großkonzernen soll durch eine bessere internationale Zusammenarbeit erreicht werden.

Für die Finanzmärkte wollen CDU/CSU strengere Regeln einführen und dafür sorgen, dass auch für diese der Zusammenhang zwischen Entscheidungsverantwortung und Haftung gilt. Außerdem macht die Union es sich zum Ziel, die mit zehn anderen EU-Ländern verabredete Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Energie

Die Union spricht sich für die Energiewende aus. Diese soll zügig und mit Augenmaß umgesetzt werden. Der Umbau der Energieversorgung benötige stabile Rahmenbedingungen. Dementsprechend soll das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) weiter entwickelt werden, um verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen und Planungen zu schaffen. Nach der bisherigen Anschubfinanzierung soll es nun darum gehen, wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien zu erreichen. Damit eine stabile Stromversorgung gewährleistet wird, sollen der Ausbau der Stromnetze vorangetrieben und neue Speichertechnologien entwickelt werden.

Zugleich müssen die Energiekosten weiterhin für Verbraucher und für die Industrie bezahlbar sein, damit letztere international wettbewerbsfähig bleibe. Deshalb wollen CDU/CSU auf marktwirtschaftliche Lösungen mit fairem Wettbewerb, Technologieoffenheit und neuen technologischen Entwicklungen setzen. Unternehmen sollen auch künftig zielgenau entlastet werden.

Zum umstrittenen Fracking (Gasförderung aus Gestein mit Hilfe eines Chemie-Cocktails) erklären CDU und CSU: Gefahren für die Menschen und unser Trinkwasser müssen dabei ausgeschlossen werden. Die Sicherheit hat für die Union absoluten Vorrang.

Da Energiesparen ein Schlüssel für den Erfolg der Energiewende ist und die meiste Energie der Haushalte in Gebäuden benötigt wird, will die Union bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent und den Stromverbrauch um mindestens zehn Prozent vermindern. Dafür will sie über sparsame Elektrogeräte, Heizungen und die Dämmung von Häusern besser informieren und über steuerliche Förderungen Anreize für private Investitionen bei der Gebäudesanierung schaffen.

Arbeit und Soziales

Die Union setzt sich Vollbeschäftigung zum Ziel, welches durch Fleiß, neue Ideen und technischen Fortschritt erreicht werden soll. Die Union lehnt zwar einen gesetzlichen Mindestlohn weiterhin ab, doch sei es Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass alle Menschen die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb sollen in Bereichen, in denen es keine Tarifverträge gibt, Arbeitgeber und Gewerkschaften gesetzlich verpflichtet werden, einen tariflichen Mindestlohn festzulegen.

Damit Wohnraum bezahlbar bleibt, will die Union den Ländern das Recht einräumen, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen Mieterhöhungen auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu beschränken. Diese Regel soll nicht für Erstvermietungen in Neubauten gelten. Die Union will darüber hinaus die Leistungen des Wohngeldes verbessern. So sollen die Leistungshöhe und die Miethöchstbeträge an die Entwicklung der Bestandsmieten angepasst werden. Außerdem will sie den sozialen Wohnungsbau stärken, indem der Bund die Länder bei der sozialen Wohnraumversorgung unterstützt.

Familie

Die Union will Ehe und Familie besonders fördern, da diese das Fundament unserer Gesellschaft seien. Das

Ehegattensplitting will sie deshalb erhalten und um ein Familiensplitting ergänzen, indem die Steuerfreibeträge von Kindern schrittweise auf Erwachsenenniveau angehoben werden. Zugleich sollen Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht werden.

Familien sollen eine möglichst große Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Kinderbetreuung haben. So will die Union den Menschen mehr Freiräume bei der Gestaltung der Elternzeit einräumen, indem sie ein Teilelterngeld einführt, das bis zu 28 Monate bezogen werden kann. CDU und CSU verweisen darauf, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder zwischen zwölf und 36 Monaten durchgesetzt zu haben. Eltern, die ihre Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr nicht in eine öffentlich geförderte Kinderbetreuung geben, werden mit dem Betreuungsgeld ab 1. August 2013 unterstützt. Gleichzeitig soll der Ausbau von Kindertagesstätten weiter vorangetrieben werden. Die Bundesregierung habe den Ländern dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 580,5 Millionen Euro und jährliche Zuschüsse zu den Betriebskosten von 75 Millionen zugesagt.

In Zukunft will sich die Union für eine familiengerechtere Arbeitswelt einsetzen. So soll Eltern die Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigungen erleichtert werden. Darüber hinaus planen CDU/CSU eine Großelternzeit einzuführen: Berufstätige Großeltern sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu verringern, um sich um ihre Enkel kümmern zu können.

Die Union bekennt sich explizit zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie, lehnt aber gleichzeitig die Diskriminierung anderer Formen der Partnerschaft, auch gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften , ab.

Gesundheit und Pflege

CDU und CSU wollen, dass auch in Zukunft jeder in Deutschland Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung hat, unabhängig von seinem Einkommen, Alter oder gesundheitlichen Zustand. Dafür wollen sie am bisherigen Gesundheitssystem mit gesetzlichen und privaten Krankenkassen festhalten. Das Konzept einer Einheitsversicherung lehnen sie ab. Aus ihrer Sicht sind die privaten Krankenversicherungen unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitssystems. Die Reform der gesetzlichen Krankenversicherungen habe das System und die Beiträge stabilisiert. In Zukunft sollen Krankenkassen, deren Rücklagen die gesetzliche Mindestreserve um ein Mehrfaches übersteigen, zur Prämienrückerstattung an ihre Mitglieder verpflichtet werden.

Auch in ländlichen Regionen wollen CDU und CSU eine gut erreichbare Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser sichern. Dafür wollen sie die Attraktivität des Hausarztberufs steigern. Auch die anderen Gesundheitsberufe sollen attraktiver werden, zum Beispiel durch gute Ausbildungsmöglichkeiten und die Weiterentwicklung der Berufsbilder. Um die Versorgung in dünn besiedelten Gebieten sicherzustellen, soll die Telemedizin ausgebaut werden.

In der Pflegepolitik will die Union die Würde der Pflegebedürftigen und die Menschlichkeit im Umgang mit ihnen in den Mittelpunkt stellen. Um den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht zu werden, sollen die Angebote altersgerechter Begleitung weiterentwickelt werden. Bei der Bestimmung der Pflegebedürftigkeit soll der Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen berücksichtigt werden, um den Betreuungsbedarf von Menschen mit Demenz, aber auch von Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen besser zu erfassen.

Für die Zukunft soll die Pflegeversicherung weiterentwickelt und zugleich die Eigenverantwortung des Einzelnen gefördert werden. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei die staatliche Förderung einer privaten Pflegezusatzversicherung. Außerdem sollen die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige verbessert werden, beispielsweise durch den Anspruch auf die Hälfte des Pflegegelds während einer Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder durch die Möglichkeit, Vorsorge oder Rehabilitationsmaßnahmen leichter in Anspruch nehmen zu können. Außerdem sollen pflegende Angehörige für ihr eigenes Alter besser abgesichert werden, indem bei gleichzeitiger Pflege von zwei oder mehr Pflegebedürftigen die rentenrechtlich wirksamen Zeiten zusammengezählt werden.

Rente

Für die Union steht eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der privaten und der betrieblichen Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung soll dabei die tragende Säule bleiben. Diese werde durch die Rente mit 67 gestärkt, an der die Union festhalten und sie bis 2029 schrittweise einführen will. Die private und betriebliche Vorsorge soll ausgebaut werden. Das gilt besonders für die betriebliche Vorsorge bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Ein besonderes Anliegen der Union ist die sogenannte Mütterrente . Ab 2014 sollen Erziehungszeiten von bisher benachteiligten Müttern oder Vätern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, mit einem zusätzlichen Rentenpunkt anerkannt werden. Die daraus resultierenden Kosten soll die Rentenkasse tragen. Verbessert werden sollen auch die Erwerbsminderungsrenten und die Rente von langfristig Versicherten (mindestens 40 Jahre) mit niedrigem Einkommen, die privat vorgesorgt haben. Diese sollen einen Zuschuss zur Rente auf 850 Euro erhalten. Außerdem plant die Union, eine Altersvorsorgepflicht bei Selbstständigen einzuführen. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen Vorsorgearten wählen können.

[Nach oben](#)

Weitere Informationen

Wahlprogramm CDU/CSU

[Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 - 2017](#)

[Nach oben](#)

Wahlprogramm der SPD 2013



Foto: SPD

Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag am 14. April 2013 in Augsburg ihr Wahlprogramm **DAS WIR ENTSCHIEDET** für die Bundestagswahl einstimmig verabschiedet. **Wir haben die Kraft. Wir haben die Ideen, unser Land zu verändern**, verkündete Kanzlerkandidat Peer Steinbrück. Einen Entwurf ihres Wahlprogramms

Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land hatte die Partei schon im März veröffentlicht. Zuvor hatte die SPD erstmals Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen, das Wahlprogramm mitzugestalten. Anfang März brachten sich auf einem Bürgerkonvent in Berlin über 300 Menschen ein, von denen nur knapp die Hälfte SPD-Mitglieder waren. Am Ende verabschiedete der Bürgerkonvent elf konkrete Vorschläge, die in das Wahlprogramm eingeflossen sind.

Kurzzusammenfassung der zentralen Aussagen zu ausgewählten Themen:

Steuern und Finanzen

Die SPD will die Finanzmärkte umfassend regulieren. Die Folgen unverantwortlicher Spekulationen auf den Finanzmärkten hätten zu einer dramatisch gestiegenen Staatsverschuldung in Europa geführt. Die SPD setzt deshalb auf die Finanztransaktionssteuer, strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie eine klare Trennung von Investment- und Geschäftsbanken. Die Institute sollen europaweit aus eigenen Mitteln einen Rettungsschirm aufbauen, damit der Staat bei Schieflagen nicht haften muss. Zudem soll es ein Verbot von Nahrungsmittel- und Rohstoffspekulationen geben.

Im Weiteren macht die SPD deutlich, dass sie Steuererhöhungen plant. Die daraus folgenden Mehreinnahmen sollen dann ausschließlich für eine geringere Neuverschuldung sowie für Investitionen in Bildung und Infrastruktur verwendet werden. So plant die SPD die Vermögenssteuer auf einem angemessenen Niveau wieder einzuführen, um den Ländern die notwendige Erhöhung der Bildungsinvestitionen zu ermöglichen. Dabei soll allerdings der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung getragen werden. Bei Privatpersonen sollen hohe Freibeträge sicherstellen, dass ein normales Einfamilienhaus nicht von der Vermögenssteuer betroffen sein wird. Außerdem soll bei der Einkommensteuer der Spitzensteuersatz erhöht werden. Bei einem Einkommen ab 100.000 Euro, für Eheleute ab 200.000 Euro, sollen nach dem Willen der SPD statt 42 Prozent 49 Prozent Einkommensteuer gezahlt werden. Auch Kapitaleinkünfte sollen zukünftig stärker mit 32 Prozent (bisher 25 Prozent) besteuert werden.

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche Erben, die CDU/CSU und FDP in den vergangenen Jahren geschaffen hätten, wollen die Sozialdemokraten wieder rückgängig machen. Steuerbetrug soll stärker bekämpft werden.

Energie

Die Energiewende wollen die Sozialdemokraten durch ein eigenes Energieministerium steuern. Dabei wollen sie die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer. Aus diesem Grund wollen sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend reformieren. So wollen sie die Förderung der erneuerbaren Energien und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren. Das sei zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Dennoch soll der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien weiterhin erhalten bleiben. Technischer Fortschritt und Innovationen im Bereich der erneuerbaren Energien würden dazu führen, dass die Herstellungskosten mittel- bis langfristig sinken. So werde es möglich, die Einspeisevergütung schrittweise zu reduzieren.

Um den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur voranzutreiben, will die SPD die Übertragungsnetze in einer Deutschen Netz-Gesellschaft zusammenführen. Die öffentliche Hand soll sich an der Netz-AG und ihren Erträgen beteiligen, indem sie in den Anschluss von Offshore-Parks und andere wichtige Großprojekte investiert und so eine Steuerungsfunktion übernimmt.

Arbeit und Soziales

Die SPD setzt sich das Ziel Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Deshalb will sie eine Stärkung des Tarifvertragssystems und der Tarifbindung. Denn eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg sei ökonomisch zur Stärkung der Binnennachfrage notwendig und ein unverzichtbarer Beitrag für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Außerdem wollen die Sozialdemokraten einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einführen. Leiharbeiter sollen bei gleicher Arbeit den gleichen Lohn erhalten wie fest angestellte Kollegen. Um fragwürdige Werkvertragskonstruktionen zu unterbinden, plant die SPD klarer zu fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist. Zudem will sie die Sanktionen bei Missbrauch verschärfen. Die soziale Absicherung von Mini-Jobs soll verbessert werden.

Um gegen die steigenden Mieten vorzugehen, soll zukünftig bei Neuvermietungen die Miete nur maximal zehn Prozent über ortsüblichen Vergleichspreisen liegen dürfen. Bei bestehenden Verträgen soll es nur noch eine Erhöhung um maximal 15 Prozent binnen vier Jahren geben. Die SPD will mit einem Milliardenprogramm den sozialen Wohnungsbau stärken, um Druck von den Mieten zu nehmen.

Familie

Die SPD plant, das von der schwarz-gelben Koalition neu eingeführte Betreuungsgeld wieder abzuschaffen und das dadurch gesparte Geld komplett in den Ausbau von Kitas und Tagespflege zu investieren.

Das Kindergeld wollen die Sozialdemokraten neu strukturieren, um Familien mit geringen und mittleren Einkommen davor zu bewahren, auf Hartz-IV-Niveau abzurutschen: Familien mit einem Einkommen bis 3.000 Euro können mit dem bisherigen Kindergeld von 184 Euro und einem Kinderzuschlag von 140 Euro auf bis zu 324 Euro pro Monat kommen.

Auch das Ehegattensplitting will die SPD reformieren. Für künftige Ehen soll ab einem Stichtag anstelle des Ehegattensplittings ein Partnerschaftstarif für Ehegatten gelten, bei dem beide Partner individuell besteuert werden. Dabei sollen dennoch die gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen berücksichtigt werden. Anstelle der Steuerklassenkombination III/V soll das sogenannte Faktorverfahren zur Norm gemacht werden. Dabei werden beide Einkommen mit einem gleich hohen Durchschnittssatz besteuert. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, soll sich nichts ändern.

Außerdem soll eine sogenannte Familienarbeitszeit eingeführt werden, die es Eltern erlauben soll, ihre Arbeitszeit zeitlich befristet partnerschaftlich zu reduzieren (z.B. 30-Stunden-Woche), ohne dass dies zu Lasten ihrer beruflichen Entwicklung geht. Wer familienbedingt in Teilzeit geht, soll einen Rechtsanspruch erhalten, in Vollzeit zurückzukehren.

Die Sozialdemokraten wollen die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen und diese damit auch im Adoptionsrecht und im Steuerrecht gleichstellen.

Gesundheit und Pflege

Die Sozialdemokraten erklären in ihrem Wahlprogramm, dass sie Gesundheit und Pflege wieder zu Kernaufgabe des Sozialstaats machen wollen. Ihre Gesundheitspolitik soll die Zweiklassenmedizin beenden und dafür sorgen, dass alle am medizinischen Fortschritt teilnehmen können. Gelingen soll das durch die Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung als Krankenvoll- und Pflegeversicherung. Dieses Konzept sieht vor, dass zukünftig alle Bürgerinnen und Bürger in Bürgerversicherungen versichert sind. Damit soll auf lange Sicht die Trennung zwischen privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen aufgehoben werden. Alle heute gesetzlich Versicherten und jeder künftige Krankenversicherte sollen automatisch Mitglied der Bürgerversicherung werden. Bislang Privatversicherte sollen für ein Jahr befristet wählen können, ob sie wechseln wollen. Sowohl gesetzliche als auch private Krankenversicherungen sollen die Bürgerversicherung anbieten. Jeder soll in der Bürgerversicherung unabhängig vom Erwerbsstatus, Alter, Geschlecht oder dem Gesundheitsrisiko aufgenommen werden.

Finanziert werden soll die Bürgerversicherung durch drei Quellen:

1. **Bürgerbeitrag:** Aus dem Arbeitnehmerbeitrag soll ein Bürgerbeitrag werden, den alle Bürgerinnen und Bürger prozentual nach ihrer Leistungsfähigkeit auf ihr Einkommen aus selbstständiger und unselbstständiger Arbeit zahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze, oberhalb der das Einkommen eines Versicherten beitragsfrei bleibt (derzeit 3.937,50 Euro Bruttomonatseinkommen), soll bleiben. Der Bürgerbeitragssatz soll einheitlich festgelegt werden, doch zur Stärkung des Wettbewerbs sollen die Krankenkassen die Möglichkeit bekommen, diesen anzupassen. Zusatz- und Sonderbeitrag sollen wegfallen. Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen und Kinder sollen weiterhin beitragsfrei mitversichert werden.
2. **Arbeitgeberbeitrag:** Die Arbeitgeber sollen bei den lohnbezogenen Beiträgen wieder genau die Hälfte der Kosten übernehmen.
3. **Steuerbeitrag:** In die Bürgerversicherung sollen mehr Steuergelder fließen. Dafür soll die Zinsabgeltungssteuer erhöht und so die Einkünfte aus Kapitalerträgen in die Finanzierung der Bürgerversicherung einbezogen werden.

Der Gesundheitsfonds soll bestehen bleiben. Die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie Steuern werden weiterhin dorthin abgeführt. Mit der Bürgerversicherung soll eine einheitliche Honorarordnung für die gesetzlichen wie privaten Krankenversicherungen eingeführt werden.

Neben der Bürgerversicherung will die SPD im Gesundheitswesen eine flächendeckende Versorgung sicherstellen und die Versorgung stärker auf das Älterwerden der Gesellschaft ausrichten. Um die Versorgung regional zu gewährleisten, soll eine sektorübergreifende Bedarfsplanung geschaffen werden, die konsequent an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert ist.

In der Pflege soll es Menschen erleichtert werden, weiter in ihren Wohnungen leben zu können. Dafür sollen die verschiedenen Angebote vor Ort ausgebaut und besser vernetzt werden, die Leistungen der Pflegeversicherung passgenauer ausgestaltet und Angehörige besser unterstützt werden. Um das zu erreichen, soll eine umfassende Pflegereform eingeleitet werden, in der ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff bestimmt wird. Außerdem will sich die SPD dafür einsetzen, dass Pflegeberufe besser anerkannt und bezahlt werden.

Rente

Die SPD hat ein Rentenkonzept entwickelt, das flexiblere Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente, eine Verbesserung der Erwerbsminderungsrente, die Stabilisierung des Rentenniveaus und eine Sozialrente vorsieht. Um allen Beschäftigten den passenden Übergang in die Rente zu ermöglichen, plant die SPD:

1. Einen abschlagsfreien Zugang zur Rente mit 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren.
2. Den Ausbau der Teilrente ab dem 60. Lebensjahr.
3. Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente: Alle Abschläge, die bei vorzeitigen Renten gelten, sollen

- bei Erwerbsminderung abgeschafft und die Zurechnungszeit verlängert werden.
4. Einfachere Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung sollen geschaffen werden, um den Zeitpunkt für den Renteneintritt flexibler zu gestalten.

Die Rente mit 67 dürfe sich nicht wie eine Kürzung der Renten auswirken. Die Anhebung des Renteneintrittsalters sei deshalb erst dann möglich, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sei und weitere Rentenansprüche erwerben könne.

Das heutige Rentenniveau will die SPD bis 2020 stabil halten, um dann neu zu bewerten, wie die Ankopplung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen sei. Außerdem soll die betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden, da diese die beste Form der privaten Altersversorgung sei. Bei der Riester-Rente will die SPD für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.

Selbstständige ohne Altersversorgung sollen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Dies sei der erste Schritt auf dem Weg zum Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung auszubauen. Zudem soll ein einheitliches Rentensystem für Ost und West bis 2020 eingeführt werden.

Ein wichtiger Punkt im Regierungsprogramm der SPD ist die Einführung einer Solidarrente. Für langjährig Versicherte soll die Rente nicht unter 850 Euro liegen (bei 30 Beitragsjahren / 40 Versicherungsjahren). Auch familienbedingte Erwerbsverläufe sollen bei der Solidarrente berücksichtigt werden. So sollen in angemessenem Umfang Berücksichtigungszeiten auch auf Eltern ausgedehnt werden, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, um so gezielt Rentenansprüche dieser Eltern zu verbessern.

Die Kosten der Solidarrente sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Die Finanzierung des abschlagsfreien Rentenzugangs nach 45 Versicherungsjahren, der verbesserten Erwerbsminderungsrente und der Stabilisierung des Rentenniveaus soll durch einen höheren Rentenversicherungsbeitrag und den Aufbau einer höheren Nachhaltigkeitsreserve sichergestellt werden.

[Nach oben](#)

Weitere Informationen

Wahlprogramm SPD

[Das wir entscheidet](#)

Das Regierungsprogramm 2013 - 2017

Entwurf des Wahlprogramms der SPD:

[Deutschland besser und gerechter regieren: Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land!](#)

SPD: [BÜRGER-DIALOG](#)

Tageschau.de: [Die zentralen Punkte des SPD-Programms](#)

[Nach oben](#)

Wahlprogramm der FDP 2013



Die FDP hat am 5. Mai 2013 auf ihrem Sonderparteitag in Nürnberg ihr Programm für die Bundestagswahl beschlossen. FDP-Parteichef Philipp Rösler und FDP-Generalsekretär Patrick Döring hatten bereits am 18. März einen Entwurf des Wahlprogramms vorgestellt. Diesen Entwurf hatte die Partei zuvor im Internet veröffentlicht und alle Bürgerinnen und Bürger sowie Parteimitglieder dazu eingeladen, sich an der Programmdiskussion zu beteiligen.

Die Freiheit des Einzelnen ist für die FDP Grund und Grenze liberaler Politik. Deshalb wollen die Liberalen mit Ihrem Programm die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich jeder Mensch frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Die FDP will das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllen: Dass jeder Mensch in unserem Land aus eigener Kraft den Aufstieg schaffen kann.

Kurzzusammenfassung der zentralen Aussagen zu ausgewählten Themen:

Steuern und Finanzen

Die Liberalen fordern eine Steuerbremse. Sie wollen im Grundgesetz festschreiben, dass nicht mehr als die Hälfte des Einkommens über Ertragssteuern an den Staat abgeführt werden muss. Steuererhöhungen lehnen die Liberalen grundsätzlich ab, sowohl für die Bürger als auch für Unternehmen. Einem verschärften Erbschaftssteuerrecht sowie einer Vermögensabgabe und einer Vermögenssteuer steht die FDP sehr kritisch gegenüber. Sie fürchtet, solche Maßnahmen würden gerade für kleine und mittelständische Unternehmen eine untragbare Belastung bedeuten, zu einem massiven Abfluss von Kapital und Vermögen aus Deutschland führen und viele Arbeitsplätze vernichten. Deshalb sollen die staatlichen Einnahmen grundsätzlich auf die Ertragsbesteuerung gestützt werden und nicht auf Substanzbesteuerung.

Trotz dieser Vorhaben will die FDP die Haushaltskonsolidierung vorantreiben und ab 2015 ohne neue Schulden auskommen. Um das zu erreichen, sollen Subventionen abgebaut und in der öffentlichen Verwaltung gespart werden. Ab 2016 sollen wachstumsbedingte Mehreinnahmen nur noch zum Abbau der Staatsverschuldung und für Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur eingesetzt werden.

Der Spitzenkandidat der FDP, Rainer Brüderle, erklärte außerdem, dass seine Partei den Solidaritätszuschlag rasch verringern und möglichst bald komplett abschaffen wolle. 2019 soll die Abgabe abgeschafft werden. Der Soli wurde 1991 eingeführt. Derzeit macht er einen Zuschlag von 5,5 Prozent auf Einkommen- und Körperschaftsteuer aus.

Energie

Die Energiewende sehen die Liberalen als eine Chance an, die sie zu einem Erfolg machen wollen. Unnötige Kostensteigerungen wollen sie dabei mit aller Kraft verhindern. Deshalb planen sie eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) mit dem Ziel, den gesamten Energiemarkt marktwirtschaftlicher zu gestalten.

Die erneuerbaren Energien sollen schneller und konsequenter als bisher an den Markt herangeführt werden. Die FDP will einen klaren Stufenplan entwickeln, mit dem zügig alle Anlagengrößen und Technologien zwingend von der festen Einspeisevergütung in die Direktvermarktung wechseln.

Die Ausnahmen von EEG-Umlage, Netzentgelten und Stromsteuer insbesondere für energieintensiv produzierende Unternehmen verteidigen die Liberalen. Diese seien notwendig, damit die Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben und so Beschäftigung und Wirtschaftswachstum in Deutschland gesichert werden. Weitere Ausnahmeregelungen solle es aber nicht geben.

Bei der Gebäudesanierung spricht sich die FDP für das Prinzip Anreize statt Zwang aus. Zwangssanierungen im Gebäudebestand lehnen die Liberalen ab. Ordnungsrecht könne nur im Neubau zum Tragen kommen.

Arbeit und Soziales

Die FDP lehnt einen allgemeinen, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn ab. Im Sozialsystem plant sie die schrittweise Einführung eines sogenannten liberalen Bürgergeldes. Dieses soll individuelle Anstrengungen belohnen und Bürokratie abbauen. Beim liberalen Bürgergeld sollen das Arbeitslosengeld II einschließlich der Leistungen für Wohnen und Heizung, das Sozialgeld, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), der Kinderzuschlag und das Wohngeld zusammengefasst werden. Findet ein Beziehender Arbeit, soll er im Bürgergeldmodell mehr von seinem Einkommen behalten dürfen.

Familie

Die Liberalen wollen das kürzlich mit ihrer Unterstützung eingeführte Betreuungsgeld erneut auf den Prüfstand stellen. Außerdem wollen sie den Ausbau des qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für unter Dreijährige weiter vorantreiben. Dafür sollen die Betreuungsschlüssel und die Ausbildung der Erzieher verbessert werden. Dabei sehen sie vor allem die Bundesländer in der Pflicht.

In einem Modellversuch wolle sie alle kindbezogenen Leistungen mit einer Kinderkarte bündeln. Eine solche elektronische Karte sei eine unbürokratische und diskriminierungsfreie Möglichkeit, Kindern direkt Förderleistungen zukommen zu lassen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen sie die Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Heimarbeits-Möglichkeiten und den Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit in Unternehmen erleichtern. Das Elterngeld wollen die Liberalen entbürokratisieren und flexibilisieren, um insbesondere mehr Väter zu beteiligen. Dazu wollen sie ein voll flexibles Zeitbudget schaffen, das in Absprache mit dem Arbeitgeber genutzt werden kann.

Die Liberalen sprechen sich dafür aus, eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichzustellen, insbesondere im Einkommensteuerrecht, bei der Riester-Rente und bei Adoptionen.

Gesundheit und Pflege

Die FDP sieht sich als die Verfechterin eines freiheitlichen Gesundheitssystems, das Solidarität und Eigenverantwortung verbindet. So sollen die Menschen weiterhin frei die Krankenversicherung, den Arzt und das Krankenhaus wählen können. Zu dieser Wahlfreiheit gehören für die Liberalen auch starke private Krankenversicherungen. Eine Bürgerversicherung lehnen sie klar ab. Dafür wollen sie im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung die Budgetmedizin abschaffen und dafür das Kostenerstattungsprinzip einführen. Danach erhalten Patienten wie bei einer privaten Versicherung eine Rechnung vom Arzt, in der die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen aufgezeigt werden. Diese bezahlt zunächst der Patient selbst und reicht sie anschließend bei der Krankenkasse ein.

Darüber hinaus soll die Beitragsautonomie der gesetzlichen Krankenkassen gestärkt werden. Bei der Gesundheitsreform 2011 wurden die Krankenversicherungsbeiträge eingefroren, zusätzliche Erhöhungen können nur noch durch Zusatzbeiträge der Krankenkassen erfolgen. So sollten der Wettbewerb und die Effizienz des

Gesundheitssystem gestärkt werden. Der Einstieg in die Abkoppelung der Krankenversicherungsbeiträge von den Löhnen und Gehältern sei richtig. Der Sozialausgleich für diejenigen, die ihre Beiträge nicht bezahlen können, soll weiterhin aus Steuermitteln finanziert werden. Die Umverteilung durch den Gesundheitsfonds wollen die Liberalen zurückführen. Die privaten Krankenversicherungen sollen zukunftsfest gemacht werden, und zwar durch mehr Transparenz bei den Basistarifen und ein Konzept für die Portabilität von Altersrückstellungen.

In der Pflege bekräftigen die Liberalen die Förderung privater Pflegevorsorge (Pflege-Bahr) und wollen diesen Weg fortsetzen. Nur so sei trotz des demografischen Wandels eine generationengerechte Finanzierung möglich. Um die Pflege zu verbessern, wollen die Liberalen mehr Alternativen neben der traditionellen ambulanten und stationären Versorgung schaffen, z.B. durch die Förderung von Wohngruppen. Außerdem sollen Bürokratie und Dokumentationspflichten abgebaut werden. Stattdessen soll verstärkt die Ergebnisqualität kontrolliert werden. Um die Pflege von Menschen mit Demenz zu verbessern, sollen die Kriterien der Pflegebedürftigkeit überarbeitet werden.

Eine Politik der Budgetierung lehnt die FDP ab. Diese führe im demografischen Wandel zu einem Mangel an Ärzten, Pflegekräften und anderen Leistungsangeboten. Stattdessen will sie sich für eine leistungsgerechte Vergütung und gute Arbeitsbedingungen einsetzen.

Rente

Die FDP will für mehr Selbstbestimmung in der Rente eintreten. Sie ist gegen starre Altersgrenzen und will erreichen, dass Menschen ab dem 60. Lebensjahr bei versicherungsmathematisch korrekten Zu- und Abschlägen den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegen. Die Versicherten sollen ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren können und den Verdienstaufschlag durch den Bezug einer Teilrente kompensieren oder wenn sie möchten länger arbeiten. Darüber hinaus will die FDP die Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben, um so Barrieren für die Arbeit im Alter zu beseitigen.

Die Höhe der Rente soll sich strikt an den eingezahlten Beiträgen orientieren. Daher unterstützt sie eine komplett beitragsbezogene Rente. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen sollen nicht über Beitragsmittel finanziert werden.

Die Liberalen wollen die private Vorsorge weiter stärken. So soll die gesetzliche Rentenversicherung stärker durch private und betriebliche Vorsorge, mit einem Nebeneinander einer staatlichen Grundsicherung, einem Betriebsrentensystem und privater Vorsorge, ergänzt werden. Die Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge sei notwendig, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Um die private Vorsorge für jeden, auch für Geringverdiener, attraktiv zu machen, wollen die Liberalen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anrechnen. Außerdem soll Selbstständigen der Weg zur Riester-Förderung eröffnet werden.

Die Einführung einer Rentenversicherungspflicht für Selbstständige lehnt die FDP strikt ab, da dies die Existenz vieler Selbstständiger bedrohe und so Arbeitsplätze gefährde. Die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West sehen die Liberalen als ein Gebot der Fairness an.

[Nach oben](#)

Weitere Informationen:

FDP: [Bürgerprogramm 2013](#)

FDP: [Bürgerprogramm 2013](#)

Internetseite rund um das Wahlprogramm

FDP: [Programmdebatte: Es geht los!](#)

FDP: [meine freiheit](#)

Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen 2013



Foto: gruene.de (CC BY-NC 3.0)

Die Grünen haben am 28. April 2013 auf ihrem Parteitag in Berlin ihr Wahlprogramm mit dem Titel "Zeit für den grünen Wandel" ohne Gegenstimme und mit nur einer Enthaltung verabschiedet. Schon im März hatte der Bundesvorstand einen Entwurf des Programms veröffentlicht und Parteimitglieder und die Öffentlichkeit eingeladen, auf Programmforen in den Ländern sowie in Online-Fragestunden mit den SpitzenkandidatInnen und den Bundesvorsitzenden über den Programmentwurf und die grünen Inhalte zu diskutieren. Nun steht das Wahlprogramm fest. Am 8. und 9. Juni hatten außerdem alle Mitglieder der Partei die Möglichkeit in einem Mitgliederentscheid über die Schwerpunktprojekte für eine Grüne Regierungsbeteiligung abzustimmen. Am 12. Juni wurden die neun Schlüsselprojekte auf einer Pressekonferenz in Berlin bekanntgegeben.

Oberste Priorität hat für die Basis der Grünen die Stromversorgung zu 100 Prozent durch Erneuerbare Energien abzudecken mit einem entsprechenden Fördersystem für Ökostrom und weniger Subventionen für Großverbraucher. Außerdem legen die Mitglieder der Grünen großen Wert darauf Massentierhaltung beenden, den Mindestlohn einzuführen, die grüne Bürgerversicherung umzusetzen und eine Schuldenbremse für Banken zu initiieren.

Bündnis 90/Die Grünen: [Mitgliederentscheid 2013 - die 9 Regierungsprioritäten der Grünen](#)

Kurzzusammenfassung der zentralen Aussagen zu ausgewählten Themen:

Steuern und Finanzen

Die Grünen wollen über die Steuern eine größere soziale Gerechtigkeit herstellen. So wollen sie den Grundfreibetrag für alle auf mindestens 8.700 Euro erhöhen, derzeit liegt er bei 8.130 Euro. "Gutverdiener" sollen dagegen "etwas mehr zur Finanzierung öffentlicher Leistungen beitragen." So soll der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent bei 60.000 Euro zu versteuerndem Einkommen linear verlängert werden, um dann bei 80.000 Euro bei 49 Prozent zu liegen. Wer weniger als 60.000 Euro im Jahr verdient, soll entlastet werden, insgesamt sollen dabei etwa drei Milliarden Euro an Mehreinnahmen bleiben. Das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer wollen die Grünen verdoppeln. Die Abgeltungssteuer soll wegfallen, dafür sollen Kapitalerträge mit dem individuellen Steuersatz belastet werden statt pauschal mit 25 Prozent.

Außerdem planen die Grünen eine Vermögensabgabe von 1,5 Prozent auf Nettovermögen von mehr als einer Million Euro. Dadurch soll der Staat über mehrere Jahre etwa 100 Milliarden Euro einnehmen. Die Abgabe soll auf zehn Jahre befristet sein und danach einer Vermögenssteuer weichen. Mit diesen Einnahmen sollen ausschließlich Schulden des Bundes abgebaut werden.

Für Betriebsvermögen soll die Abgabe auf maximal 35 Prozent des Gewinns begrenzt werden. Zudem wollen die

Grünen "umweltschädliche Subventionen" abbauen, beispielsweise Ausnahmen bei der Ökosteuern. Und sie planen eine Reform der Luftverkehrssteuer und der Besteuerung von Diesel und Heizstoffen sowie eine ökologische Dienstwagenbesteuerung.

Steuerhinterziehung solle zukünftig erschwert werden, indem die Steuerfahndung ausgebaut werde und eine Bundessteuerverwaltung entstehe, da das Nebeneinander der Ländersteuerverwaltungen eine effektive Steuererhebung verhindere.

Energie

Die Grünen wollen ein Klimaschutzgesetz beschließen, das eine Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen (bis 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent im Vergleich zu 1990) gesetzlich vorschreibt. Außerdem soll das Gesetz konkrete Einzelziele für Industrie, Verkehr, Land- und Forstwirtschaft enthalten. Zudem wollen sie das Bergrecht ändern, "um neuen Braunkohletagebau zu verhindern". Bis 2030 wollen die Grünen auch den Kohleausstieg schaffen. Fracking, eine Methode der Erdgasförderung, sehen die Grünen kritisch. Sie fordern ein Fracking-Moratorium, bis "diejenigen, die es wollen, nachgewiesen haben, dass es unschädlich ist."

Die Energiewende wollen die Grünen stärker vorantreiben. Bis 2030 wollen sie den Strom zu 100 Prozent erneuerbar produzieren. Um "faire Strompreise" zu ermöglichen, wollen sie die "immer üppigeren Befreiungen der Industrie von den Umlagen für Stromnetze und Erneuerbare Energien" auf das "wirklich notwendige Maß" zurückführen. Damit würden private Haushalte und der Mittelstand um 4 Mrd. Euro entlastet.

In Zukunft sollen Wind und Sonne die Basis der Stromerzeugung bilden. In sonnen- und windarmen Zeiten müssten allerdings zusätzliche Kraftwerke die Lücken ausfüllen. Diese müssten für eine Übergangszeit noch fossil sein, später sollen sie hauptsächlich mit Biomasse arbeiten. Den Strommarkt wollen sie reformieren und auf die Bereitstellung von Versorgungssicherheit und Flexibilität fokussieren. "Sogenannte Kapazitätsmärkte" würden "genau dies" leisten.

Arbeit und Soziales

Die Grünen wollen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde einführen. Minijobs sollen begrenzt und langfristig ersetzt werden. Außerdem fordern sie für Leiharbeiter bei gleicher Arbeit ab dem ersten Tag den gleichen Lohn wie den der Stammbeschäftigten. Den Hartz-IV-Regelsatz wollen die Grünen von derzeit 382 auf 420 Euro erhöhen. Finanziert soll diese Anhebung durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns werden, denn durch ihn würden viele Aufstockungen des Lohns erwerbstätiger Menschen durch Hartz-IV unnötig werden. Darüber hinaus planen die Grünen eine steuerfinanzierte "Garantierente" von mindestens 850 Euro, auf die jeder Anspruch haben soll, der 30 Versicherungsjahre vorzuweisen hat. "Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit- und Vollzeittätigkeit und beziehen bis zu 10 Jahre der Kinderbetreuung und Zeiten der Arbeitslosigkeit mit ein", heißt es im Wahlprogramm.

Familie

Die Grünen wollen das Betreuungsgeld abschaffen und den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ausbauen. So soll es einen Anspruch auf eine ganztägige Betreuung und den bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagsbetreuung in allen Altersgruppen geben. Außerdem wollen die Grünen "in der nächsten Legislaturperiode den Einstieg in eine Kindergrundsicherung schaffen", in der "perspektivisch Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge" vollständig aufgehen sollen. Jedes Kind soll so, unabhängig vom Einkommen seiner Familie, die gleiche finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten.

Das Ehegattensplitting wollen sie durch eine "Individualbesteuerung mit übertragbarem Existenzminimum" ersetzen und dadurch unter anderem Geld für den Aufbau der Kindergrundsicherung erwirtschaften. Zum Ehegattensplitting heißt es im Programmentwurf: "Wir wollen den Übergang für bestehende Ehen sozialverträglich gestalten." Zunächst soll das durch eine "Deckelung des Splittingvorteils" sichergestellt werden, sodass anfangs nur Haushalte mit einem Einkommen von mindestens 60.000 Euro belastet würden. Dieser Splittingdeckel soll dann schrittweise abgebaut werden.

Die Grünen sprechen sich dafür aus, die eingetragene Lebenspartnerschaft in sämtlichen Rechtsbereichen mit der Ehe gleichzustellen. Das umfasse insbesondere das Steuer- und Beamtenrecht sowie das gleichberechtigte Adoptionsrecht.

Gesundheit und Pflege

Die Grünen wollen sowohl im Gesundheitswesen als auch bei der Pflege mehr Solidarität und eine solidere Finanzierung. Ihre Lösung ist die sogenannte grüne Kranken-Bürgerversicherung bzw. Pflege-Bürgerversicherung. Für beide Konzepte gelten folgende Eckpunkte:

- Alle Bürgerinnen und Bürger – auch Beamte, Abgeordnete und Selbstständige – werden Mitglieder der Bürgerversicherungen. Eine Wahl wie bisher für Privatversicherte soll es nicht geben. "Eine für Alle, statt jeder für sich".
- Alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte – sollen in die Finanzierung der Bürgerversicherung einbezogen werden. Für kleine und mittlere Einkommen soll es Freigrenzen geben. Die Beiträge sollen strikt einkommensbezogen sein. Zuzahlungen werden abgeschafft.
- Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung (5.800 Euro) angehoben werden.
- Die Beiträge auf Erwerbseinkommen sollen wieder paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanziert werden. Bei der Pflegeversicherung soll der erhöhte Beitragssatz für kinderlose Versicherte bestehen bleiben.
- Kinder sollen kostenlos mitversichert bleiben. Für Erwachsene sehen die Grünen die Mitversicherung von Verheirateten oder Lebenspartnern nur vor, wenn diese Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen (mind. 14h/Woche). Bei allen anderen Paaren sollen Einkünfte addiert und dann halbiert werden. Der Beitrag wird auf beide Teile bis zur Bemessungsgrenze fällig.

Die grüne Bürgerversicherung soll keine Einheitsversicherung sein. Sowohl gesetzliche als auch private Versicherungen sollen Bürgerversicherungen anbieten. Allerdings soll es eine gemeinsame Honorarordnung geben. Dabei soll sichergestellt werden, "dass die höheren Honorare, die heute über die Privatversicherten an die Ärzteschaft und an die anderen Gesundheitsberufe fließen, insgesamt erhalten bleiben und gerechter verteilt werden". Wettbewerb soll es durch Qualität und Patientenorientierung geben, nicht durch unterschiedliche Beiträge. Die Versicherten sollen ihre Versicherung frei wählen können. Aufgenommen wird jeder, unabhängig von Risiko, Alter oder Einkommen.

Ansonsten wollen die Grünen, eine wohnortnahe gesundheitliche Versorgung gewährleisten. Um das zu erreichen, sollen das Berufsbild der Pflege und die Hausärzte aufgewertet werden und im Vergütungssystem die Leistungen der Primärversorgung, wie die Beratung und die Begleitung der Patienten, berücksichtigt werden. In den Krankenhäusern sollen die Qualität der Behandlung sowie der Patientennutzen stärker bei der Vergütung beachtet werden, außerdem sollen die steigenden Personal- und Sachkosten angemessen berücksichtigt werden. Um ein regionales Versorgungsnetz zu erreichen, soll die Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander sowie mit den ambulanten Strukturen vor Ort verbessert werden, indem ein einheitliches Vergütungssystem für alle fachärztlichen Leistungen geschaffen wird.

In der Pflege wollen die Grünen eine Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, um u.a. für Demenzkranke eine bessere Versorgung zu erreichen. Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, sollen durch ein Netz aus professioneller Hilfe und bürgerschaftlichem Engagement stärker entlastet werden. Zudem soll es einen Anspruch auf eine grüne Pflegezeit geben. Pflegebedürftige sollen ein persönliches Pflegebudget erhalten und so die Pflege nach ihren eigenen Wünschen organisieren können.

Weitere Informationen:

Bündnis 90/Die Grünen: [Zeit für Grünen Wandel](#)

Bündnis 90/Die Grünen: [Online-Debatte zum Mitgliederentscheid](#)

Bündnis 90/Die Grünen: [Debatte ist Programm](#)

Bündnis 90/Die Grünen: [Deine Fragen zum "grünen Wandel"](#)

Wahlprogramm DIE LINKE 2013



Bild: Die Linke.

Die Linkspartei hat auf dem Parteitag in Dresden am 16. Juni ihr Wahlprogramm mit großer Mehrheit verabschiedet. Nur fünf der rund 550 Delegierten stimmten gegen das Programm mit dem Titel "100 Prozent sozial". Es gab zudem wenige Enthaltungen. Bereits im Februar hatten die Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger einen Entwurf des Wahlprogramms veröffentlicht. Im März fanden fünf Regionalkonferenzen statt, auf denen über das Wahlprogramm beraten wurde. Am 13. und 14. April wurde unter Einbeziehung der Ergebnisse vom Parteivorstand ein zweiter Entwurf erarbeitet, der der Leitantrag für den Parteitag war.

Einer der Schwerpunkte des nun verabschiedeten Programms ist eine deutlich stärkere Besteuerung der Wohlhabenden. So soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 53 Prozent angehoben werden, bei Einkommen über eine Million Euro sogar auf 75 Prozent. Auch Erbschaften und große Vermögen sollen höher besteuert werden. Mit den so erzielten Mehreinnahmen will die Partei unter anderem eine Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes von 382 auf 500 Euro und eine Mindestrente von 1050 Euro finanzieren. Außerdem soll ein Mindestlohn von zehn Euro gesetzlich vorgeschrieben werden, der bis 2017 auf zwölf Euro ansteigen soll.

Kurzzusammenfassung der zentralen Aussagen zu ausgewählten Themen:

Steuern und Finanzen

Die Linke fordert eine stärkere Vermögensumverteilung durch den Staat. Demnach sollen "Reiche und Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens gerecht beteiligt" werden. Die Linke fordert eine Vermögensteuer für Millionäre in Höhe von 5 Prozent. Dabei bezieht Die Linke sowohl Geld- als auch Immobilienvermögen mit ein. Die erste Million des Privatvermögens soll allerdings steuerfrei bleiben.

Die Einkommenssteuer will die Linke reformieren. Der Grundfreibetrag soll auf 9.300 Euro erhöht werden und monatliche Bruttolöhne bis 6.000 Euro sollen entlastet werden, indem der Tarifverlauf der Einkommenssteuer geglättet wird. Für Einkommen ab 65.000 Euro pro Jahr soll der Steuersatz auf 53 Prozent erhöht werden. Jeder Euro, der nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge über einer Million Euro Einkommen liegt, soll mit 75 Prozent besteuert werden.

Auch die Erbschaftssteuer will Die Linke reformieren, um so die Staatseinnahmen zu erhöhen. Dabei soll ein Freibetrag in Höhe von 150.000 Euro gelten. Für Erbinnen und Erben, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, Kinder, Ehegatten oder für eine vom Vererbenden benannte Person verdoppelt sich der Freibetrag auf 300.000 Euro. Kleine und mittlere Immobilien und selbst genutztes Wohneigentum sollen von der Reform ganz unberührt bleiben.

Mit einer Finanztransaktionssteuer, einer Steuer auf Finanzgeschäfte, sollen die Spekulationen auf den Finanzmärkten eingedämmt werden und die Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligt werden. Bei jeder Finanztransaktion soll

ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Durch die Steuererhöhungen will die Linkspartei ihre Sozialpolitik finanzieren.

Energie

Die Linke spricht sich klar für die Energiewende aus. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2020 auf 50 Prozent erhöht werden. Außerdem soll bis 2020 der Treibhausgasausstoß in der Bundesrepublik gegenüber 1990 halbiert werden, bis 2050 um mindestens 90 Prozent reduziert werden. Gleichzeitig soll die Versorgung mit Strom und Wasser ein Grundrecht werden. Sie wollen die Energieversorger dazu verpflichten, einen Sockeltarif für Strom einzuführen, durch den jeder Privathaushalt ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhält. Außerdem sollen die Energiepreise sozial gestaffelt werden und bei Zahlungsschwierigkeiten Strom, Wasser und Wärme nicht mehr abgestellt werden.

Um die Energiewende sozialer zu gestalten, sollen "unberechtigte Industrie-Rabatte bei Ökosteuer, Netzentgelten, Emissionshandel oder im Erneuerbare-Energien-Gesetz" abgeschafft werden. Darüber hinaus fordert die Linke die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke und die Vorbereitung des Ausstiegs aus der Kohlestromversorgung. Bis spätestens 2040 soll das letzte Kohlekraftwerk abgeschaltet werden. In der Erdgasförderung wollen sie ein Verbot der unterirdischen Verpressung von CO₂ und von Fracking.

Arbeit und Soziales

Die Linke will die Arbeit, ihre Verteilung, ihre Bezahlung und ihre Organisation neu und besser regeln: Die Löhne müssten deutlich stärker steigen als die Preise, Tarifverträge allgemeinverbindlich sein, befristete Arbeitsverhältnisse dürften nicht Normalität, sondern müssten Ausnahme sein. Alle Menschen müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können.

Die Linke fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro. Dieser Mindestlohn soll jährlich ansteigen. Bis zum Ende der Wahlperiode sollte der gesetzliche Mindestlohn auf zwölf Euro steigen. Leiharbeit will Die Linke verbieten, der Missbrauch von Werkverträgen müsse unterbunden werden. Solange das noch nicht erreicht sei, soll es zumindest die gleiche Bezahlung für Leiharbeiter und Stammbeschaftete geben, die Verleihdauer auf wenige Monate begrenzt werden und eine Flexibilitätszulage für Leiharbeiter eingeführt werden. Minijobs will sie in vollwertige Arbeitsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht umwandeln.

Die Hartz-IV-Sätze will Die Linke auf 500 Euro erhöhen und die Hartz-IV-Sanktionen abschaffen. Sie will ein Konzept einbringen, in dem keine Mindestsicherung mehr unter 1.050 Euro liegt.

Am anderen Ende des Einkommensspektrums schlägt Die Linke vor, dass niemand mehr als 40-mal so viel verdienen sollte wie das gesellschaftliche Minimum bei der derzeitigen Verteilung wären das noch knapp eine halbe Million Euro im Jahr. Erreicht werden soll dies durch ein Ende der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Jahresgehältern und Boni über eine halbe Million Euro.

Arbeitszeiten sollen bei vollem Lohn- und Personalausgleich verkürzt werden. Sie strebt eine Obergrenze von 35, längerfristig von 30 Stunden an.

Mit einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) will Die Linke Menschen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können, neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Die Entlohnung dürfe einen Stundenlohn von zehn Euro und monatlich einen Bruttolohn von monatlich mindestens 1.500 Euro nicht unterschreiten.

Bei der Rente will Die Linke das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente wieder auf 53 Prozent anheben. Außerdem sollen Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege durch die Rentenversicherung besser abgesichert werden. Grundsätzlich soll es eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro geben. Die Rente ab 67 Jahren soll rückgängig gemacht werden. Die Höhe der Renten in Ostdeutschland soll nach dem Willen der Linkspartei genau wie die Lohnhöhe dem Niveau in Westdeutschland angepasst werden. Um das zu finanzieren, sollen alle Erwerbseinkommen in die Rentenversicherung eingehen, also auch die von Selbstständigen, Beamten und Politikern.

Familie

Die Linke fordert eine Kindergrundsicherung von 536 Euro, um Kinder wirksam vor Armut zu schützen. Als Sofortmaßnahme kündigt sie die Erhöhung des Kindergelds an: für die ersten zwei Kinder auf 200, für alle weiteren Kinder entsprechend gestaffelt.

Außerdem soll es einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) geben. Das Betreuungsgeld soll wieder abgeschafft werden. Das Elterngeld soll zu einem sozial ausgestalteten Elterngeldkonto weiterentwickelt werden. Elterngeld soll auch in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres des Kindes genommen werden können.

Die Ganztagesbetreuung für Kinder soll bedarfsgerecht und qualitativ hochwertig ausgebaut werden. Die Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen sollen flexibler gestaltet werden. Darüber hinaus soll es eine kostenlose und hochwertige Essenversorgung für alle Kinder in der gebührenfreien öffentlichen Kinderbetreuung geben. Außerdem sollen die Rechte von Eltern als Beschäftigte gestärkt werden. Die Linke fordert das Recht, von Teilzeitarbeit zu Vollzeitarbeit zurückkehren zu dürfen und einen besonderen Kündigungsschutz, der bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes gelten soll.

Die Linke spricht sich für die gesetzliche Gleichstellung von Ehen und eingetragenen Lebenspartnerschaften aus. Das Ehegattensplitting will sie abschaffen.

Gesundheit und Pflege

Die Linke will sich für mehr Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung einsetzen und die "Zweiklassenmedizin" beenden, und zwar durch die "solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung". Dieses Konzept sieht eine Kasse für alle vor, ohne Wahlmöglichkeiten. Alle Bürger sollen mittelfristig dort versichert werden und alle gleich gut versorgt werden. Private Versicherungen sollen bis auf das Angebot von Zusatzleistungen abgeschafft werden.

Alle Menschen, die in Deutschland leben, sollen mit allen Einkommensarten in die Kasse einzahlen, also mit Löhnen, Honoraren, Miet-, Pacht- und Kapitalerträgen. Die bisherige Beitragsbemessungsgrenze soll künftig abgeschafft werden. Menschen mit einem höheren Einkommen sollen "mit dem gleichen prozentualen Beitragssatz in die solidarische Finanzierung" einbezogen werden. Kinder sollen kostenlos versichert bleiben. Zuzahlungen und Zusatzbeiträge sollen dagegen abgeschafft werden. Bei Einkommen aus Löhnen und Gehältern soll der Arbeitgeber wieder die Hälfte der Beiträge zahlen, bei Renten soll die Rentenversicherung die Hälfte des Beitrags übernehmen. Wer kein Einkommen hat, bezahlt auch keine Beiträge, ist aber trotzdem versichert.

Durch das Konzept der "solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung" soll der Beitragssatz zur Krankenversicherung auf Jahre hinaus konstant bei etwas über zehn Prozent des Einkommens gehalten werden können. Die Krankenkasse soll alle medizinisch notwendigen Leistungen bezahlen. Bei den Arzneimittelpreisen will Die Linke eine effektive Begrenzung erreichen. Eine Behörde soll die Preise festsetzen. Darüber hinaus soll es eine Positivliste geben: "Alle sinnvollen Medikamente müssen vollständig erstattet werden".

Um die Versorgung in den Krankenhäusern zu verbessern, sollen diese bedarfsgerecht und solide finanziert werden. Bund und Länder sollen Mittel für eine flächendeckende Infrastruktur bereitstellen. Die Krankenkassen sollen den Betrieb der Krankenhäuser angemessen sichern. Private Krankenhäuser lehnt Die Linke ab. Bereits privatisierte Krankenhäuser sollen in öffentliche und nichtkommerzielle Trägerschaften überführt werden.

In der Pflege will Die Linke einen neuen Pflegebegriff und ein neues Begutachtungsverfahren gesetzlich festschreiben, damit auch kognitive und/oder psychische Einschränkungen erfasst werden und damit u.a. Menschen mit Demenzerkrankungen angemessen in die Pflegeversicherung einbezogen werden können. Darüber hinaus müsse das Leistungsniveau der Pflegeabsicherung angehoben werden, damit alle Menschen selbstbestimmt entscheiden können, ob sie ambulante, teilstationäre oder stationäre Pflege- oder Assistenzleistungen in Anspruch nehmen wollen. Finanziert und organisiert werden soll das durch eine "Politik, die gerecht und solidarisch ist".

Die mit fünf Euro im Monat geförderte private Pflegezusatzversicherung (Pflege-Bahr) will Die Linke stoppen. Dabei handele es sich um den Einstieg in die Privatisierung der Pflegevorsorge und das sei unsozial und volkswirtschaftlich unsinnig. Außerdem will Die Linke für Pflegeberufe eine größere gesellschaftliche Anerkennung und eine bessere Bezahlung.

Wahlprogramm DIE LINKE: [100 Prozent sozial](#)

Internetseite von Die Linke für ihr Wahlprogramm: [Wahlprogramm](#)

[Nach oben](#)